



**Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“**

**Sozialdatenstatistik 2013**

## Inhaltsverzeichnis

I.	Vorbemerkung .....	3
II.	Zusammenfassung Deutschland.....	4
III.	Deutschland - Daten 2013 .....	6
IV.	Zusammenfassung Länder .....	12
V.	Länder – Daten 2013 .....	15
VI.	Tabellenverzeichnis .....	35

## I. Vorbemerkung

Die Sozialdatenstatistik erhebt Daten über die Hilfeleistungen aus den Finanzmitteln der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“. Sie erfasst bei den Anträgen und Bewilligungen jede Schwangerschaft nur einmal (Erstantrag pro Schwangerschaft).

Für jedes Land gibt es einen zentralen Zuweisungsempfänger der Bundesstiftung. In elf Ländern ist es jeweils eine Stiftung des Landes zur Unterstützung und Hilfe für Mütter und Familien, in fünf Ländern – Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland – sind es Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden.

Die Mittel der Bundesstiftung werden anteilig nach dem Bevölkerungsschlüssel auf alle Länder verteilt. Im einzelnen Land beeinflussen mehrere Faktoren die Höhe der errechneten durchschnittlichen Zuschussbeträge aus den Mitteln der Bundesstiftung: die Gesamtzahl der Hilfeempfängerinnen, ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung, sowie das verfügbare Budget aus den Stiftungsmitteln.

Die Länder unterscheiden sich grundsätzlich auch durch ihre Wirtschaftsstruktur, den Lebensstandard und die Lebenshaltungskosten. Die bundesweit bestehenden Abweichungen zwischen den gewährten Zuschussbeträgen in den Ländern beruhen vor allem auf den regional sehr unterschiedlichen Lebensverhältnissen.

Das Gesetz über die Bundesstiftung in der Fassung vom 19. März 1993 (BGBl. I S. 406) und die Richtlinien der Bundesstiftung über die Vergabe und Verwendung der Stiftungsmittel in der Fassung vom 24. Mai 2007 geben den verbindlichen rechtlichen Rahmen für die Verfahrenspraxis der zentralen 16 Zuweisungsempfänger. Unter Beachtung dieser Vorgaben und der verfügbaren Stiftungsmittel sind für die ergänzenden Hilfen der Bundesstiftung die individuellen Notlagen der Schwangeren und Mütter maßgebend.

Die Zuweisungsempfänger in den Ländern und die Schwangerschaftsberatungsstellen vor Ort richten ihre Antrags- und Bearbeitungspraxis im laufenden Kalenderjahr kontinuierlich daran aus, das gedeckelte Budget und die konkreten Beratungsfälle optimal in Einklang zu bringen. Die Zahlen der Antragstellerinnen ebenso wie die der positiv beschiedenen Hilfeempfängerinnen geben daher nur einen ungefähren Eindruck von der tatsächlichen Notsituation Schwangerer, auf die die Zweckbindung der Stiftungsmittel Anwendung findet.

## II. Zusammenfassung Deutschland

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es im Jahr 2013 **682.069** Lebendgeburten. Im Vergleich zum Vorjahr (**673.544** Geburten) ist damit die Geburtenzahl um 1,27 % gestiegen. 2012 lag die Steigerung gegenüber 2011 bei 1,64 %.

Die Zahl der **Antragstellerinnen** auf Leistungen aus Mitteln der Bundesstiftung ist in 2013 wieder leicht angestiegen, um 1,1 % auf 144.775; die Zahl der tatsächlichen **Hilfeempfängerinnen** hat sich zugleich um 1,7 % auf 132.639 erhöht. Die Bewilligungsquote ist damit wieder um 1 Prozentpunkt von 91 % auf 92 % gestiegen (Tabelle 1).

Ausgehend von der Zahl der Lebendgeburten betrug der prozentuale Anteil der schwangeren Frauen, die von der Bundesstiftung finanziell unterstützt wurden, wie im Vorjahr 19,4 %. Somit hat auch im Jahr 2013 etwa **jede fünfte Schwangere** Stiftungsmittel erhalten.<sup>1</sup>

Der Anteil der **volljährigen Hilfeempfängerinnen** blieb im Jahr 2013 wie schon seit 2006 konstant bei 97 % (Tabelle 2).

Der **wirtschaftliche Status** der Hilfeempfängerinnen ist wie schon in den Vorjahren nahezu unverändert geblieben. Der prozentuale Anteil der Hilfeempfängerinnen, die Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit bezogen, fiel im Berichtsjahr von 26 % auf 25 %. Der Anteil der Bezieherinnen von Leistungen nach BAFöG oder Ausbildungsvergütung und der Anteil der Bezieherinnen sonstiger Sozialleistungen fiel jeweils um 1 Prozentpunkt von 5 % auf 4 % bzw. von 4 % auf 3 %. Dagegen ist der Anteil der Hilfeempfängerinnen ohne eigenes Einkommen und auch ohne einen Sozialleistungsbezug von 12 % auf 13 % gestiegen. Die Anteile der Hilfeempfängerinnen, die Leistungen nach SGB III bzw. Leistungen nach SGB II und XII bezogen, blieben konstant (Tabelle 3).

Bei der **Staatsangehörigkeit** der Hilfeempfängerinnen zeigt sich in 2013 gegenüber den Vorjahren, in denen die Werte ziemlich konstant waren, eine etwas deutlichere Verschiebung. So ging der Anteil der Hilfeempfängerinnen mit deutscher Staatsangehörigkeit von 72 % auf 69 % zurück. Entsprechend stieg der prozentuale Anteil ausländischer Hilfeempfängerinnen um 3 Prozentpunkte von 28 % auf 31 % (Tabelle 4).

---

<sup>1</sup> Dieser Wert stellt jedoch nur eine Annäherung dar, da zum einen Bewilligungen für Kinder, die in 2013 geboren wurden, zum Teil bereits in 2012 erfolgt sind und zum anderen Kinder, für die noch in 2013 Bewilligungen ausgesprochen wurden, erst in 2014 geboren wurden.

Die Hilfen der Bundesstiftung wurden von den Hilfeempfängerinnen auch in 2013 ganz überwiegend nach der 12. **Schwangerschaftswoche** beantragt. Wie schon 2011 und 2012 stellten 31 % der Hilfeempfängerinnen ihren Antrag zwischen der 13. und 20. und 62 % nach der 20. Schwangerschaftswoche (Tabelle 5).

Im Bundesdurchschnitt gab es auch bei den **Lebensformen** der Hilfeempfängerinnen keine Veränderung. Wie im Vorjahr lag der Anteil derjenigen, die nach eigenen Angaben in ehelicher Gemeinschaft lebten, bei 39 % und war damit genauso hoch wie der Anteil der (zum Teil auch im elterlichen Haushalt) Alleinlebenden. 22 % der Hilfeempfängerinnen lebten in eheähnlicher Gemeinschaft (Tabelle 6).

Die Anzahl der bei der Bundesstiftung **mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen** hat sich im Jahr 2013 um 3 Beratungsstellen erhöht. Insgesamt wirkten somit 1.258 Beratungsstellen bei der Antragstellung auf Bundesstiftungsmittel mit (Tabelle 7).

Die **132.639 Hilfeempfängerinnen** in Deutschland bekamen 2013 **durchschnittlich einen Betrag in Höhe von 692 Euro** aus Stiftungsmitteln des Bundes ausbezahlt und somit 3 Euro weniger als noch im Vorjahr. Das bedeutet erstmals seit 2007 wieder eine Verringerung, sie beträgt jedoch nur 0,4 % (Tabelle 9).

Trotzdem der Durchschnittsbetrag bundesweit nahezu gleich blieb, gab es in den Ländern größere Schwankungen (Tabelle 29). Den größten prozentualen Rückgang hatte mit 8,9 % Brandenburg zu verzeichnen, aber auch in Baden-Württemberg hat sich der Durchschnittsbetrag um 7,2 % vermindert. Am stärksten gestiegen ist er in Hamburg mit 8,4 % und in Thüringen mit 7,1 %.

Bremen ist erneut das Bundesland mit dem geringsten Durchschnittsbetrag, der mit 463 Euro aber 4 Euro über dem Vorjahreswert lag. In Mecklenburg-Vorpommern gab es eine Erhöhung um 5 %. Mit 502 Euro ist das aber immer noch der zweitniedrigste Wert. An dritter Stelle liegt nun Brandenburg mit 509 Euro.

Die höchsten Durchschnittsbeträge gab es auch 2013 in Bayern mit 1.251 Euro und in Baden-Württemberg mit 1.071 Euro, gefolgt wieder von Rheinland-Pfalz mit 942 Euro.

Die **Anteile der Beträge pro Erstbewilligung** zeigen sich gegenüber dem Vorjahr unverändert. So erfolgten Bewilligungen über 1.500 Euro lediglich in 1 % der Fälle. Aber auch Beträge unter 300 Euro gab es nur bei 9 % und zwischen 1.000 und 1.500 Euro bei 13 % der Bewilligungen. In den meisten Fällen (45 %) erhielten die Hilfeempfängerinnen zwischen 300 und 600 Euro und am zweithäufigsten (zu 13 %) wurden Beträge zwischen 600 und 1.000 Euro bewilligt (Tabelle 10).

### III. Deutschland - Daten 2013

Endgültige Geburtenzahl: 682.069 (Statistischen Bundesamt auf [www.destatis.de](http://www.destatis.de))

**Tabelle 1: Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland**

	<b>Antragstellerinnen</b>	<b>Hilfeempfängerinnen</b>
2005	146.952 (100 %)	132.698 (90 %)
2006	162.550 (100 %)	149.000 (92 %)
Veränderung 2005/2006	+ 11 %	+ 12 %
2007	160.521 (100 %)	147.688 (92 %)
Veränderung 2006/2007	- 1,2 %	- 0,9 %
2008	156.458 (100 %)	145.119 (93 %)
Veränderung 2007/2008	- 2,5 %	- 1,7 %
2009	158.215 (100 %)	145.273 (92 %)
Veränderung 2008/2009	+ 1,1 %	+ 0,1 %
2010	156.536 (100 %)	144.958 (93 %)
Veränderung 2009/2010	- 1 %	- 0,2 %
2011	144.504 (100 %)	132.359 (92 %)
Veränderung 2010/2011	- 7,7 %	- 8,7 %
2012	143.246 (100 %)	130.464 (91 %)
Veränderung 2011/2012	- 0,9 %	- 1,4 %
2013	144.775 (100 %)	132.639 (92 %)
Veränderung 2012/2013	+ 1,1 %	+ 1,7 %

**Tabelle 2: Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland**

<b>Alter Hilfeempfängerin</b>	<b>der</b>	<b>unter 14 Jahre</b>	<b>14 bis 18 Jahre</b>	<b>über 18 Jahre</b>
2005	34 (0 %)	4.875 (4 %)	127.788 (96 %)	
2006	48 (0 %)	4.771 (3 %)	144.181 (97 %)	
2007	37 (0 %)	4.589 (3 %)	143.062 (97 %)	
2008	47 (0 %)	4.431 (3 %)	140.510 (97 %)	
2009	54 (0 %)	3.984 (3 %)	141.235 (97 %)	
2010	44 (0 %)	3.835 (3 %)	141.079 (97 %)	
2011	39 (0 %)	3.344 (3 %)	128.976 (97 %)	
2012	41 (0 %)	3.316 (3 %)	127.107 (97 %)	
2013	43 (0 %)	3.650 (3 %)	128.946 (97 %)	

**Tabelle 3: Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen in Deutschland**

Status der Hilfeempfängerin	Einkommen aus selbstständiger und nicht selbstständiger Arbeit	Leistungen nach SGB III	Leistungen nach BAFöG, Ausbildungsvergütung	Leistungen nach SGB II und XII	Sonstige Sozialleistungen	Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen
2005	29.745 (20 %)	40.252 (28 %)	6.825 (5 %)	25.804 (18 %)	keine Angaben	28.297 (19 %)
2006	30.972 (21 %)	7.921 (5 %)	6.812 (5 %)	73.935 (50 %)	3.188 (2 %)	22.914 (15 %)
2007	33.138 (22 %)	5.729 (4 %)	6.266 (4 %)	75.472 (51 %)	3.443 (2 %)	21.133 (14 %)
2008	35.264 (24 %)	7.252 (5 %)	6.281 (4 %)	71.517 (49 %)	3.790 (3 %)	18.874 (13 %)
2009	35.647 (25 %)	7.303 (5 %)	6.686 (5 %)	70.610 (49 %)	4.030 (3 %)	18.916 (13 %)
2010	35.495 (24 %)	6.835 (5 %)	6.755 (5 %)	70.813 (49 %)	4.335 (3 %)	18.546 (13 %)
2011	33.397 (25 %)	5.883 (4 %)	6.299 (5 %)	63.423 (48 %)	3.935 (3 %)	16.864 (13 %)
2012	34.113 (26 %)	5.721 (4 %)	6.029 (5 %)	61.410 (47 %)	4.587 (4 %)	15.754 (12 %)
2013	33.595 (25 %)	5.650 (4 %)	5.633 (4 %)	62.161 (47 %)	4.448 (3 %)	17.316 (13 %)
Veränderungen in Prozentpunkten 2012/ 2013	- 1	0	- 1	0	- 1	+ 1

Die ungewöhnlichen Unterschiede im Vergleich 2005/2006 in den Spalten 3 und 5 dieser Tabelle beruhen auf einigen bayerischen Abweichungen bei der statistischen Erfassung zum wirtschaftlichen Status. Bayern trennte 2005 noch nach Arbeitslosengeld/-hilfe und Sozialhilfe. Die bayerische Statistik fasste 2006 und 2007 die Leistungen nach dem SGB II und XII und den Leistungen nach den SGB III zusammen. Insoweit sind die Deutschland-Daten 2006 und 2007 hier nur eingeschränkt verwertbar. Eine Umstellung der bayerischen Statistik ist zum 1. Januar 2008 vorgenommen worden.

**Tabelle 4: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen in Deutschland**

<b>Staatsangehörigkeit</b>	<b>Deutsche</b>	<b>Ausländerinnen</b>
2005	101.859 (72 %)	39.893 (28 %)
2006	107.439 (72 %)	41.541 (28 %)
2007	107.143 (73 %)	40.545 (27 %)
2008	107.436 (74 %)	37.683 (26 %)
2009	107.048 (74 %)	38.225 (26 %)
2010	105.686 (73 %)	39.270 (27 %)
2011	95.539 (72 %)	36.820 (28 %)
2012	93.785 (72 %)	36.682 (28 %)
2013	92.026 (69 %)	40.613 (31 %)
Veränderung in Prozentpunkten 2012/2013	- 3	+ 3

**Tabelle 5: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland**

<b>Schwangerschaftswoche</b>	<b>1. bis 12. Woche</b>	<b>13. bis 20. Woche</b>	<b>Nach der 20. Woche</b>
2005	12.094 (9 %)	44.590 (31 %)	85.068 (60 %)
2006	12.604 (9 %)	45.988 (31 %)	90.408 (61 %)
2007	11.989 (8 %)	44.657 (30 %)	91.042 (62 %)
2008	11.441 (8 %)	44.424 (31 %)	89.254 (62 %)
2009	10.949 (7 %)	44.690 (31 %)	89.634 (62 %)
2010	10.886 (8 %)	45.381 (31 %)	88.691 (61 %)
2011	9.535 (7 %)	41.376 (31 %)	81.448 (62 %)
2012	9.135 (7 %)	40.554 (31 %)	80.775 (62 %)
2013	8.759 (7 %)	40.861 (31 %)	83.019 (62 %)

**Tabelle 6: Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland**

<b>Lebensform der Hilfeempfängerin</b>	<b>In ehelicher Gemeinschaft lebend</b>	<b>Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)</b>	<b>In eheähnlicher Gemeinschaft lebend</b>
2005	49.909 (43 %)	37.219 (32 %)	28.407 (25 %)
2006	66.672 (45 %)	51.963 (35 %)	30.365 (20 %)
Veränderung Prozentpunkte 2005/2006	+ 2	+ 3	- 5
2007	64.426 (44%)	52.566 (36%)	30.696 (21 %)
Veränderung Prozentpunkte 2006/2007	- 1	+ 1	+ 1
2008	59.395 (41 %)	54.864 (38 %)	30.862 (21 %)
Veränderung Prozentpunkte 2007/2008	- 3	+ 2	0
2009	60.083 (41 %)	52.930 (37 %)	32.260 (22 %)
Veränderung Prozentpunkte 2008/2009	0	- 1	+ 1
2010	59.033 (41 %)	54.602 (38 %)	31.323 (22 %)
Veränderung Prozentpunkte 2009/2010	0	+ 1	0
2011	52.603 (40 %)	50.664 (38 %)	29.092 (22 %)
Veränderung Prozentpunkte 2010/2011	-1	0	0
2012	51.351 (39 %)	50.541 (39 %)	28.572 (22 %)
Veränderung Prozentpunkte 2011/2012	- 1	+ 1	0
2013	52.253 (39 %)	51.710 (39 %)	28.676 (22 %)
Veränderung Prozentpunkte 2012/2013	0	0	0

**Tabelle 7: Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen**

<b>Anzahl</b>	<b>Schwanger- schaftsbera- tungsstellen</b>	<b>Freie Trägerschaft</b>	<b>Staatlich / kommunale Trägerschaft</b>
2005	1.241	978	263
2006	1.271	1.002	269
Veränderung 2005/2006	+ 2,4 %	+ 2,5 %	+ 2,3 %
2007	1.279	1.013	266
Veränderung 2006/2007	+ 0,6 %	+ 0,9 %	+ 1 %
2008	1.275	1.018	257
Veränderung 2007/2008	- 0,3 %	+ 0,5 %	- 3,4 %
2009	1.276	1.026	250
Veränderung 2008/2009	+ 0,1 %	+ 0,8 %	- 2,7 %
2010	1.284	1.033	251
Veränderung 2009/2010	+ 0,6 %	+ 0,7 %	+ 0,4 %
2011	1.273	1.027	246
Veränderung 2010/2011	- 0,9 %	- 0,6 %	- 2,0 %
2012	1.255	1.025	230
Veränderung 2011/2012	- 1,4 %	- 0,2 %	- 6,5 %
2013	1.258	1.029	229
Veränderung 2012/2013	+ 0,2 %	+ 0,4 %	- 0,4 %

**Tabelle 8: Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII**

Zur Feststellung einer Notlage im Sinne von § 2 MuKStiftG ist in § 3 der Vergaberichtlinien der Bundesstiftung eine Einkommenshöchstgrenze festgelegt (§ 53 der Abgabenordnung). Die Zuweisungsempfänger in den Ländern haben für die Festsetzung ihrer eigenen Einkommensgrenzen einen gewissen Spielraum unter Beachtung der Vorgaben der Vergaberichtlinien und des § 53 Abgabenordnung.

Wegen der länderspezifischen Unterschiede wird auf die Länder - Daten (Tabelle 28) verwiesen.

**Tabelle 9: Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland**

Durchschnittsbetrag	Für jede Hilfeempfängerin durchschnittlich
2005	607 Euro
2006	604 Euro
Veränderung 2005/2006	- 3 Euro
2007	606 Euro
Veränderung 2006/2008	+ 2 Euro
2008	629 Euro
Veränderung 2007/2008	+ 23 Euro
2009	649 Euro
Veränderung 2008/2009	+ 20 Euro
2010	651 Euro
Veränderung 2009/2010	+ 2 Euro
2011	682 Euro
Veränderung 2010/2011	+ 31 Euro
2012	695 Euro
Veränderung 2011/2012	+ 13 Euro
2013	692 Euro
Veränderung 2012/2013	- 3 Euro

**Tabelle 10: Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2013**

Anzahl der Erstbewilligungen	bis 300 €	bis 600 €	bis 1.000 €	bis 1.500 €	über 1.500 €
2006	17.404 (12%)	69.460 (47%)	42.232 (29%)	17.963 (12%)	1.807 (1 %)
2007	17.886 (12%)	69.460 (48%)	39.111 (27%)	17.248 (12%)	1.693 (1 %)
2008	16.112 (11 %)	69.878 (48%)	40.541 (28%)	16.834 (12%)	1.752 (1 %)
2009	14.543 (10 %)	64.475 (44 %)	45.933 (32 %)	18.350 (13 %)	1.836 (1 %)
2010	13.667 (9 %)	65.610 (45 %)	46.816 (32 %)	17.351 (12 %)	1.513 (1 %)
2011	12.720 (10 %)	58.357 (44 %)	43.694 (33 %)	16.065 (12 %)	1.523 (1 %)
2012	11.143 (9 %)	58.110 (45 %)	42.134 (32 %)	17.422 (13 %)	1.655 (1 %)
2013	11.735 (9 %)	59.732 (45 %)	41.814 (32 %)	17.639 (13 %)	1.719 (1 %)

Die Statistik 2005 enthielt hierzu nur unvollständige Daten.

**Tabelle 11: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel**

(siehe Tabelle 31)

**Tabelle 12: Orientierungsrahmen**

(siehe Tabelle 32)

**Tabelle 13: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt**

(siehe Tabelle 33).

## IV. Zusammenfassung Länder

Im Berichtsjahr 2013 zeigten sich, wie in den Vorjahren auch, zum Teil erhebliche

**Unterschiede zwischen den Bundesländern.**

2013 verringerte sich die **Zahl der Hilfeempfängerinnen** nur in sechs Bundesländern. Dabei war die Abnahme in Mecklenburg-Vorpommern mit einem Rückgang um 5,6 % prozentual am höchsten, gefolgt vom Saarland mit 3,3 %. In den Bundesländern, in denen die Zahl der Hilfeempfängerinnen stieg, betrug der Anstieg prozentual zumeist um die 2 %. Am höchsten fiel er in Hamburg mit 4,8 % und in Baden-Württemberg mit 4,2 % aus (Tabelle 15).

Die höchste **Quote an bewilligten Anträgen** verzeichnete für das Jahr 2013 Brandenburg mit rechnerisch 100 % (nur 28 Anträge wurden nicht bewilligt). Bayern und das Saarland folgen mit jeweils 97 %. Die niedrigsten Bewilligungsquoten gab es 2013 in Rheinland-Pfalz (87 %), Nordrhein-Westfalen (88 %) und Berlin (89 %; Tabelle 14 und 15).

Der prozentuale Anteil der **Hilfeempfängerinnen über 18 Jahren** lag im Durchschnitt wie in den Vorjahren auch in 2013 wieder bei 97 %, 3 % waren zwischen 14 und 18 Jahren alt. Für Mädchen unter 14 Jahren gab es nur ganz vereinzelt Bewilligungen (Tabellen 2 und 16).

Der **wirtschaftliche Status der Hilfeempfängerinnen** verbesserte sich in den meisten Bundesländern nicht (Tabellen 3 und 17 bis 23):

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit** bezogen, verringerte sich in 2013 bundesweit um 1 Prozentpunkt auf 25 %. Die größten Veränderungen gab es dabei in Baden-Württemberg und Bayern mit einer Verringerung dieses Anteils um jeweils 5 Prozentpunkte. Einen Rückgang gab

es in insgesamt 8 Ländern, aber zumeist nur um 1 bis 2 Prozentpunkte. Genauso geringfügige Anstiege gab es in 4 Bundesländern und in den übrigen ergab sich keine Veränderung. (Tabelle 17)

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach SGB II und SGB XII** erhielten, blieb im Bundesdurchschnitt bei 47 % konstant. In einigen Bundesländern gab es jedoch deutliche Schwankungen. In Bayern und im Saarland ist der Anteil dieser Gruppe von Hilfeempfängerinnen um 5 bzw. um 4 Prozentpunkte gestiegen. Dagegen hat er sich in Baden-Württemberg um 7 Prozentpunkte verringert. In den übrigen Bundesländern waren die Schwankungen nach oben und unten gering und bewegten sich zwischen 0 und 3 Prozentpunkten. (Tabelle 20).

Der Anteil der Hilfeempfängerinnen **ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen** hat sich im Bundesdurchschnitt (Anstieg um 1 Prozentpunkt) und auch in den meisten Bundesländern kaum verändert. In Baden-Württemberg hat er sich jedoch verdoppelt und betrug 2013 26 %. (Tabelle 23). Das korrespondiert mit den dort auch verzeichneten Rückgängen bei den Anteilen der Hilfeempfängerinnen, die Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit bezogen und jenen, die Leistungen nach SGB II und SGB XII erhielten.

In 2013 gab es beim prozentualen Anteil der **ausländischen Hilfeempfängerinnen** eine Steigerung um 3 Prozentpunkte auf 31 %, nachdem der Anteil in den Vorjahren ziemlich konstant geblieben war. In den alten Bundesländern lag er zwischen 24 % (in Schleswig-Holstein) und 44 % (in Bremen). Den höchsten Anstieg um 7 Prozentpunkte gab es in Bremen, den zweithöchsten in Berlin und in Rheinland-Pfalz mit einem Anstieg von jeweils 5 Prozentpunkten. In den neuen Bundesländern war der Anteil ausländischer Hilfeempfängerinnen weiterhin sehr niedrig, obgleich er außer in Sachsen um 1 bis 2 Prozentpunkte angestiegen ist. Er lag zwischen 6 % (in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen) und 8 % (in Sachsen-Anhalt) (Tabelle 24).

In 14 Bundesländern wurde der Antrag auf Stiftungsmittel überwiegend nach der 20. **Schwangerschaftswoche** gestellt. Wie schon in den Vorjahren machten nur das Saarland und Sachsen Ausnahmen. Im Saarland stellen die meisten (42 %) der Hilfeempfängerinnen den Antrag bereits zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche. In Sachsen waren die Anteile der Antragstellungen zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche und nach der 20. Schwangerschaftswoche mit je 45 % prozentual gleich, zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche wurden jedoch absoluten Zahlen etwas mehr Anträge gestellt. (Tabelle 25).

Erhebliche Unterschiede bestehen nach wie vor in der **Lebensform der Hilfeempfängerinnen**. In den alten Bundesländern machten überwiegend die in ehelicher Gemeinschaft Lebenden den größten Anteil der Hilfeempfängerinnen aus (Anteil in ehelicher Gemeinschaft lebender Hilfeempfängerinnen in den alten Bundesländern: zwischen 38 % und 49 %) und der Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden ist zumeist der geringste (zwischen 13 % und 24 %). In den neuen Bundesländern stellen meistens die allein lebenden Hilfeempfängerinnen den größten Anteil (Anteil allein lebender Hilfeempfängerinnen in den neuen Ländern: zwischen 38 % und 50 %), gefolgt von den in eheähnlicher Gemeinschaft Lebenden. Verheiratete machen dort nur 19 % bis 22 % der Hilfeempfängerinnen aus. Ausnahmen von diesen Trends gibt es vor allem im Saarland und in Thüringen. Im Saarland als einzigem alten Bundesland stellen die allein lebenden Hilfeempfängerinnen die größte Gruppe (44 %), in Thüringen als einzigem Bundesland überhaupt die in eheähnlicher Gemeinschaft Lebenden (41 %). In den Stadtstaaten Berlin und Hamburg ist jeweils die Differenz der Prozentanteile der in ehelicher Gemeinschaft lebenden und der allein lebenden Hilfeempfängerinnen sehr gering (1 Prozentpunkt, bzw. 3 Prozentpunkte). Und auch in Bayern beträgt dieser Unterschied nur 3 Prozentpunkte (Tabelle 26).

Die Landesstiftungen von Bayern, Berlin, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen verfügten 2013 wie bereits in den Vorjahren über **zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung**. Gegenüber 2012 verringerte Bayern diese Eigenmittel um 63,1 %. Dagegen wurden sie in Sachsen-Anhalt mehr als verdoppelt. In Berlin und Thüringen gab es moderate Erhöhungen (um 6,7 % bzw. um 1,0 %). In Rheinland-Pfalz blieb der Betrag wieder unverändert.

## V. Länder – Daten 2013

Tabelle 14: Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Antragstellerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	9.144	14.543	8.552	7.919
2006	10.344	15.959	9.009	7.844
2007	11.156	15.592	8.248	8.188
2008	10.194	13.443	8.190	7.794
2009	11.634	13.099	8.721	7.396
2010	11.285	13.971	8.919	7.274
2011	11.108	10.890	8.744	6.810
2012	10.943	12.485	8.563	6.495
2013	11.139	12.724	8.679	6.320

Antragstellerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	2.241	4.395	10.409	6.087
2006	2.382	4.480	10.458	6.234
2007	2.354	4.658	10.527	6.103
2008	2.190	4.558	10.315	6.120
2009	2.332	4.697	10.487	5.835
2010	2.074	4.687	10.331	5.703
2011	2.021	4.568	9.693	5.250
2012	2.068	4.603	9.359	5.028
2013	2.065	4.787	9.553	4.716

Antragstellerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	18.807	36.242	5.590	1.573
2006	18.877	36.904	5.747	1.765
2007	18.479	36.313	5.728	1.770
2008	17.855	36.682	5.721	1.746
2009	17.942	38.513	5.878	1.856
2010	17.797	37.887	5.718	1.755
2011	16.464	35.613	5.121	1.550
2012	15.749	35.830	5.280	1.521
2013	16.099	36.627	5.410	1.478

Antragstellerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	11.281	7.920	6.705	5.953
2006	11.603	7.905	6.881	6.158
2007	11.292	7.239	6.872	6.002
2008	10.785	7.477	6.769	5.919
2009	10.440	7.209	6.766	5.410
2010	9.867	6.747	6.835	5.686
2011	8.855	6.191	6.399	5.227
2012	8.319	5.946	6.358	4.699
2013	8.174	5.892	6.488	4.624

**Tabelle 15: Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern**

Hilfeempfängerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	7.692	14.258	7.481	7.676
2006	9.140	15.647	8.138	7.522
2007	10.883	15.286	7.371	7.942
2008	10.180	13.179	7.522	7.616
2009	10.737	12.842	7.915	7.205
2010	10.915	13.564	8.101	7.053
2011	10.397	10.573	7.777	6.604
2012	10.048	12.110	7.519	6.141
2013	10.474	12.325	7.767	6.292

Hilfeempfängerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	2.111	4.217	9.054	5.691
2006	2.258	4.333	9.858	5.835
2007	2.240	4.486	9.536	5.757
2008	2.056	4.338	9.569	5.753
2009	2.192	4.459	9.698	5.467
2010	1.971	4.457	9.632	5.382
2011	1.904	4.312	8.948	4.907
2012	1.945	4.334	8.628	4.619
2013	1.928	4.544	8.873	4.362

Hilfeempfängerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	17.163	30.813	4.918	1.522
2006	17.154	32.541	5.048	1.725
2007	16.848	32.287	4.957	1.710
2008	16.370	32.396	5.091	1.702
2009	16.536	33.539	5.379	1.784
2010	16.475	33.367	5.126	1.710
2011	14.970	31.083	4.582	1.500
2012	14.504	31.432	4.625	1.477
2013	14.647	32.160	4.704	1.428

Hilfeempfängerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	10.101	7.384	6.127	5.544
2006	10.335	7.371	6.341	5.754
2007	9.831	6.765	6.189	5.600
2008	10.769	6.998	6.095	5.485
2009	9.556	6.732	6.149	5.083
2010	9.289	6.258	6.296	5.362
2011	8.310	5.788	5.881	4.283
2012	7.371	5.484	5.913	4.314
2013	7.359	5.440	6.075	4.261

**Tabelle 16: Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern**

<b>Alter</b>	<b>Baden- Württemberg</b>	<b>Bayern</b>	<b>Berlin</b>	<b>Brandenburg</b>
unter 14 Jahre	6	3	0	0
14 – 18 Jahre	166	343	156	80
ab 18 Jahre	10.302	11.979	7.611	6.212

<b>Alter</b>	<b>Bremen</b>	<b>Hamburg</b>	<b>Hessen</b>	<b>Mecklenburg- Vorpommern</b>
unter 14 Jahre	0	1	0	1
14 – 18 Jahre	43	95	156	112
ab 18 Jahre	1.885	4.448	8.717	4.249

<b>Alter</b>	<b>Niedersachsen</b>	<b>Nordrhein- Westfalen</b>	<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>Saarland</b>
unter 14 Jahre	0	28	0	0
14 – 18 Jahre	514	1.049	141	42
ab 18 Jahre	14.133	31.083	4.563	1.386

<b>Alter</b>	<b>Sachsen</b>	<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>Schleswig- Holstein</b>	<b>Thüringen</b>
unter 14 Jahre	0	2	1	1
14 – 18 Jahre	253	219	155	126
ab 18 Jahre	7.106	5.219	5.919	4.134

**Tabelle 17: Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern**

<b>Einkommen</b>	<b>Baden-Württemberg</b>	<b>Bayern</b>	<b>Berlin</b>	<b>Brandenburg</b>
2005	1.618	6.525	1.496	2.090
2006	2.078	7.118	1.550	1.952
2007	2.967	7.324	1.253	2.132
2008	3.720	6.625	1.935	2.113
2009	3.847	5.900	1.991	2.048
2010	3.368	6.013	1.846	2.196
2011	3.826	4.905	1.616	2.191
2012	3.284	6.556	1.750	2.134
2013	2.917	6.026	1.940	2.109

<b>Einkommen</b>	<b>Bremen</b>	<b>Hamburg</b>	<b>Hessen</b>	<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>
2005	353	764	1.584	1.354
2006	339	716	2.056	1.283
2007	333	777	2.223	1.320
2008	327	842	2.354	1.383
2009	264	898	2.203	1.456
2010	253	1.010	2.060	1.423
2011	287	1.002	2.055	1.364
2012	304	988	1.858	1.308
2013	262	1.054	1.803	1.244

<b>Einkommen</b>	<b>Niedersachsen</b>	<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>Saarland</b>
2005	1.996	4.223	989	200
2006	1.912	4.622	1.022	286
2007	10.527	5.067	1.017	240
2008	2.400	5.401	1.183	282
2009	2.603	5.705	1.323	274
2010	2.511	5.776	1.569	271
2011	2.358	5.733	1.099	243
2012	2.253	5.885	1.191	275
2013	2.430	5.882	1.160	267

<b>Einkommen</b>	<b>Sachsen</b>	<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>Thüringen</b>
2005	2.070	888	1.582	2.013
2006	1.699	710	1.655	1.974
2007	1.443	1.020	1.592	2.300
2008	1.561	1.090	1.653	2.395
2009	1.501	1.467	1.825	2.342
2010	1.434	1.517	1.876	2.372
2011	1.343	1.370	1.934	2.071
2012	1.220	1.259	1.988	1.860
2013	1.283	1.350	2.071	1.797

Tabelle 18: Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) nach Bundesländern

SGB III	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	717	7.942	299	651
2006	1.049	0	120	346
2007	616	0	85	333
2008	636	1.427	178	303
2009	646	1.327	207	254
2010	654	1.192	185	265
2011	641	670	197	285
2012	629	779	210	255
2013	602	791	173	242

SGB III	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	340	222	3.775	630
2006	99	202	633	365
2007	49	155	522	331
2008	48	130	793	315
2009	57	233	531	274
2010	49	303	453	289
2011	44	293	335	304
2012	43	131	387	283
2013	33	171	377	225

SGB III	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	9.272	9.749	502	51
2006	529	1.731	555	84
2007	488	1.385	409	60
2008	600	1.270	275	74
2009	652	1.507	298	77
2010	614	1.354	290	69
2011	538	1.176	275	73
2012	488	1.222	246	62
2013	556	1.214	254	53

SGB III	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	5.382	352	708	1.014
2006	479	220	381	1.128
2007	343	173	282	498
2008	324	159	227	493
2009	302	178	247	513
2010	281	148	241	448
2011	262	168	243	379
2012	253	187	245	301
2013	217	185	229	328

Tabelle 19: Leistungen nach BAföG, Ausbildungsvergütung nach Bundesländern

<b>BAföG, Ausbildungs- vergütung</b>	<b>Baden- Württemberg</b>	<b>Bayern</b>	<b>Berlin</b>	<b>Brandenburg</b>
2005	828	578	145	392
2006	1.147	550	184	295
2007	760	558	165	320
2008	691	567	198	294
2009	654	555	262	306
2010	680	629	313	291
2011	659	523	332	245
2012	686	525	291	221
2013	694	450	332	183

<b>BAföG, Ausbildungs- vergütung</b>	<b>Bremen</b>	<b>Hamburg</b>	<b>Hessen</b>	<b>Mecklenburg- Vorpommern</b>
2005	88	118	314	459
2006	105	172	305	387
2007	99	200	294	410
2008	97	206	317	408
2009	98	251	325	357
2010	81	150	315	317
2011	76	129	268	301
2012	73	104	294	239
2013	71	110	261	210

<b>BAföG, Ausbildungs- vergütung</b>	<b>Niedersachsen</b>	<b>Nordrhein- Westfalen</b>	<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>Saarland</b>
2005	744	1.059	239	88
2006	855	1.052	225	95
2007	818	892	258	81
2008	910	871	186	96
2009	844	1.015	55	102
2010	885	1.040	158	89
2011	896	951	180	85
2012	853	988	154	106
2013	842	902	131	72

<b>BAföG, Ausbildungs- vergütung</b>	<b>Sachsen</b>	<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>Schleswig- Holstein</b>	<b>Thüringen</b>
2005	646	392	273	462
2006	489	285	252	414
2007	467	226	292	426
2008	455	204	343	438
2009	390	764	296	413
2010	376	686	299	446
2011	319	656	251	428
2012	254	586	279	376
2013	238	535	232	370

Tabelle 20: Leistungen nach SGB II und XII nach Bundesländern

<b>SGB II und SGB XII</b>	<b>Baden-Württemberg</b>	<b>Bayern</b>	<b>Berlin</b>	<b>Brandenburg</b>
2005	815	293	3.010	2.976
2006	1.467	7.762	5.942	3.340
2007	4.378	7.180	5.546	3.388
2008	3.330	4.350	4.796	4.125
2009	3.563	4.879	5.050	3.881
2010	3.551	5.580	5.285	3.460
2011	3.443	4.323	5.124	3.122
2012	3.860	4.120	4.696	2.850
2013	3.267	4.795	4.643	3.068

<b>SGB II und SGB XII</b>	<b>Bremen</b>	<b>Hamburg</b>	<b>Hessen</b>	<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>
2005	92	1.674	534	2.153
2006	1.319	2.223	4.557	3.151
2007	1.361	2.425	4.408	3.024
2008	1.189	2.281	4.593	3.219
2009	1.316	2.328	4.595	2.868
2010	1.180	2.411	4.550	2.830
2011	1.141	1.966	4.292	2.466
2012	1.128	2.114	3.850	2.388
2013	1.051	2.111	3.974	2.280

<b>SGB II und SGB XII</b>	<b>Niedersachsen</b>	<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>Saarland</b>
2005	462	3.801	1.621	765
2006	9.823	14.840	1.886	888
2007	9.386	15.536	1.989	959
2008	8.305	15.735	1.985	901
2009	8.545	16.205	2.015	995
2010	8.671	16.232	2.025	949
2011	7.549	14.817	1.767	783
2012	7.214	14.889	1.854	737
2013	7.121	15.567	1.808	776

<b>SGB II und SGB XII</b>	<b>Sachsen</b>	<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>Thüringen</b>
2005	268	3.940	1.447	1.953
2006	6.352	5.663	2.599	2.123
2007	6.332	4.872	2.630	2.058
2008	7.240	5.062	2.517	1.889
2009	6.423	3.825	2.559	1.563
2010	6.172	3.463	2.663	1.791
2011	5.537	3.163	2.328	1.602
2012	4.938	3.017	2.303	1.452
2013	4.946	2.886	2.421	1.447

Tabelle 21: Leistungen nach AsylbIG nach Bundesländern

Leistungen nach AsylbIG	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	19	14	155	117
2006	14	14	183	92
2007	12	20	157	67
2008	29	6	212	62
2009	109	2	202	62
2010	118	9	263	73
2011	129	20	341	70
2012	161	19	387	87
2013	133	122	473	104

Leistungen nach AsylbIG	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	272	231	268	4
2006	89	216	208	6
2007	99	169	141	5
2008	95	143	101	2
2009	95	111	108	3
2010	67	103	118	2
2011	77	195	156	6
2012	68	220	179	5
2013	125	181	277	35

Leistungen nach AsylbIG	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	617	1.284	9	24
2006	570	1.483	2	28
2007	473	1.074	4	16
2008	378	831	2	22
2009	343	796	3	23
2010	357	786	10	18
2011	396	831	6	14
2012	410	983	14	27
2013	540	1.336	113	19

Leistungen nach AsylbIG	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	65	159	125	38
2006	68	133	105	47
2007	46	94	98	32
2008	48	92	91	27
2009	35	77	88	24
2010	36	90	95	34
2011	46	107	131	33
2012	52	98	109	31
2013	58	126	153	41

Tabelle 22: Sonstige Sozialleistungen nach Bundesländern

Sonstige Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2006	9	80	7	775
2007	259	86	11	986
2008	197	83	18	26
2009	136	78	18	26
2010	121	73	16	25
2011	98	60	11	28
2012	124	57	9	20
2013	89	63	13	28

Sonstige Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2006	19	4	678	50
2007	21	6	546	37
2008	29	4	211	37
2009	19	6	454	32
2010	29	6	502	49
2011	26	3	494	41
2012	64	19	834	28
2013	41	9	842	27

Sonstige Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2006	83	1.172	10	28
2007	169	1.032	11	15
2008	2.063	779	28	17
2009	2.067	842	34	21
2010	2.036	1.004	42	30
2011	1.985	711	40	31
2012	2.110	861	54	16
2013	2.091	777	49	22

Sonstige Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2006	63	21	121	68
2007	62	36	68	98
2008	98	25	71	104
2009	91	25	78	103
2010	120	28	170	84
2011	106	27	164	110
2012	90	19	179	103
2013	75	23	182	117

Tabelle 23: Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern

Ohne Einkommen und Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	3.923	116	359	841
2006	3.376	123	152	722
2007	1.891	118	154	716
2008	1.577	121	185	693
2009	1.782	101	185	628
2010	2.423	68	193	743
2011	1.601	72	156	663
2012	1.304	54	176	574
2013	2.772	78	193	558

Ohne Einkommen und Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	Keine Angaben	771	2.316	691
2006	288	800	1.421	593
2007	278	754	1.402	630
2008	271	732	1.200	389
2009	343	632	1.482	477
2010	312	474	1.634	472
2011	253	724	1.348	425
2012	265	758	1.226	368
2013	345	908	1.339	341

Ohne Einkommen und Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	3.732	10.271	1.545	330
2006	3.382	7.641	1.348	316
2007	3.384	7.301	1.269	339
2008	1.714	7.509	1.432	310
2009	1.482	7.469	1.651	292
2010	1.401	7.175	1.032	284
2011	1.248	6.864	1.215	271
2012	1.176	6.604	1.112	254
2013	1.067	6.482	1.189	219

Ohne Einkommen und Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	1.329	509	1.564	0
2006	1.185	339	1.228	0
2007	1.138	344	1.227	188
2008	1.043	366	1.193	139
2009	814	397	1.056	125
2010	870	326	952	187
2011	697	297	830	200
2012	564	318	810	191
2013	542	335	787	161

Tabelle 24: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen 2013 nach Bundesländern

Staatsangehörigkeit	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Deutsche	6.367	7.554	4.364	5.881
Ausländerinnen	4.107	4.771	3.403	411

Staatsangehörigkeit	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Deutsche	1.070	2.551	4.932	4.115
Ausländerinnen	858	1.993	3.941	247

Staatsangehörigkeit	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Deutsche	10.620	19.808	3.306	1.012
Ausländerinnen	4.027	12.352	1.398	416

Staatsangehörigkeit	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Deutsche	6.822	5.018	4.616	3.990
Ausländerinnen	537	422	1.459	271

Tabelle 25: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2013 nach Bundesländern

Schwangerschaftswoche	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
1. bis 12.	34	961	88	100
13. bis 20.	2.556	3.011	1.241	1.342
nach der 20.	7.884	8.353	6.438	4.850

Schwangerschaftswoche	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
1. bis 12.	48	134	329	31
13. bis 20.	449	1.124	1.931	906
nach der 20.	1.431	3.286	6.613	3.425

Schwangerschaftswoche	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
1. bis 12.	352	3.636	548	364
13. bis 20.	4.737	13.607	1.075	597
nach der 20.	9.558	14.917	3.081	467

Schwangerschaftswoche	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
1. bis 12.	758	103	806	467
13. bis 20.	3.321	1.472	1.983	1.509
nach der 20.	3.280	3.865	3.286	2.285

**Tabelle 26: Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2013 nach Bundesländern**

<b>Lebensform</b>	<b>Baden-Württemberg</b>	<b>Bayern</b>	<b>Berlin</b>	<b>Brandenburg</b>
In ehelicher Gemeinschaft lebend	5.155	5.263	3.126	1.398
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	3.632	4.945	3.037	2.604
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	1.687	2.117	1.604	2.290

<b>Lebensform</b>	<b>Bremen</b>	<b>Hamburg</b>	<b>Hessen</b>	<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>
In ehelicher Gemeinschaft lebend	874	2.027	4.320	860
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	692	1.914	3.350	1.995
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	362	603	1.203	1.507

<b>Lebensform</b>	<b>Niedersachsen</b>	<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>Saarland</b>
In ehelicher Gemeinschaft lebend	6.076	14.792	2.018	537
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	5.291	11.766	1.644	636
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	3.280	5.602	1.042	255

<b>Lebensform</b>	<b>Sachsen</b>	<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>Thüringen</b>
In ehelicher Gemeinschaft lebend	1.430	1.023	2.478	876
Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	3.703	2.750	2.129	1.622
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	2.226	1.667	1.468	1.763

Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	<b>Baden- Württemberg</b>	<b>Bayern</b>	<b>Berlin</b>	<b>Brandenburg</b>
<b>2005</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	149	61	64
Freie Trägerschaft	99	69	50	55
Staatlich/kommunal	25	80	11	9
<b>2006</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	152	59	70
Freie Trägerschaft	99	72	49	55
Staatlich/kommunal	25	80	10	15
<b>2007</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	152	57	65
Freie Trägerschaft	99	72	47	52
Staatlich/kommunal	25	80	10	13
<b>2008</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	152	52	66
Freie Trägerschaft	103	72	45	53
Staatlich/kommunal	21	80	7	13
<b>2009</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	153	50	62
Freie Trägerschaft	103	77	45	49
Staatlich/kommunal	21	76	5	13
<b>2010</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	125	155	54	63
Freie Trägerschaft	104	78	49	51
Staatlich/kommunal	21	77	5	12
<b>2011</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	125	148	52	64
Freie Trägerschaft	104	72	47	52
Staatlich/kommunal	21	76	5	12
<b>2012</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	149	52	62
Freie Trägerschaft	103	73	46	50
Staatlich/kommunal	21	76	6	12
<b>2013</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124	151	55	61
Freie Trägerschaft	103	75	49	50
Staatlich/kommunal	21	76	6	11

**Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern**

	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenb.- Vorpommern
<b>2005</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	4	4	77	41
Freie Trägerschaft	4	4	77	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
<b>2006</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	84	41
Freie Trägerschaft	6	4	84	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
<b>2007</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	89	41
Freie Trägerschaft	6	4	89	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
<b>2008</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	94	41
Freie Trägerschaft	6	4	94	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
<b>2009</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	88	41
Freie Trägerschaft	6	4	88	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
<b>2010</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	89	42
Freie Trägerschaft	6	4	89	41
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
<b>2011</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	88	42
Freie Trägerschaft	6	4	88	41
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
<b>2012</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	87	41
Freie Trägerschaft	6	4	87	40
Staatlich/kommunal	0	0	0	1
<b>2013</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6	4	87	39
Freie Trägerschaft	6	4	87	38
Staatlich/kommunal	0	0	0	1

**Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern**

	<b>Nieder- sachsen</b>	<b>Nordrhein- Westfalen</b>	<b>Rheinland- Pfalz</b>	<b>Saarland</b>
<b>2005</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	226	183	81	19
Freie Trägerschaft	152	159	81	3
Staatlich/kommunal	74	24	0	0
<b>2006</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	233	179	80	19
Freie Trägerschaft	155	157	80	18
Staatlich/kommunal	78	22	0	1
<b>2007</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	244	179	81	19
Freie Trägerschaft	165	157	81	19
Staatlich/kommunal	79	22	0	0
<b>2008</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	239	181	80	18
Freie Trägerschaft	162	158	80	18
Staatlich/kommunal	77	23	0	0
<b>2009</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	249	181	81	19
Freie Trägerschaft	173	158	81	19
Staatlich/kommunal	76	23	0	0
<b>2010</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	245	181	81	20
Freie Trägerschaft	168	158	81	19
Staatlich/kommunal	77	23	0	1
<b>2011</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	247	180	80	19
Freie Trägerschaft	172	157	80	19
Staatlich/kommunal	75	23	0	0
<b>2012</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	238	180	80	19
Freie Trägerschaft	176	158	80	19
Staatlich/kommunal	62	22	0	0
<b>2013</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	241	180	80	19
Freie Trägerschaft	177	158	80	19
Staatlich/kommunal	64	22	0	0

**Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern**

	<b>Sachsen</b>	<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>Thüringen</b>
<b>2005</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81	52	50	41
Freie Trägerschaft	60	49	35	41
Staatlich/kommunal	21	3	15	0
<b>2006</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80	51	49	40
Freie Trägerschaft	59	48	36	40
Staatlich/kommunal	21	3	13	0
<b>2007</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79	51	49	39
Freie Trägerschaft	59	48	36	39
Staatlich/kommunal	20	3	13	0
<b>2008</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79	50	49	40
Freie Trägerschaft	59	48	36	40
Staatlich/kommunal	20	2	13	0
<b>2009</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80	50	49	39
Freie Trägerschaft	60	48	36	39
Staatlich/kommunal	20	2	13	0
<b>2010</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80	49	50	40
Freie Trägerschaft	61	47	37	40
Staatlich/kommunal	19	2	13	0
<b>2011</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81	48	50	39
Freie Trägerschaft	63	46	37	39
Staatlich/kommunal	18	2	13	0
<b>2012</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	78	48	51	36
Freie Trägerschaft	63	46	38	36
Staatlich/kommunal	15	2	13	0
<b>2013</b>				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	78	48	50	35
Freie Trägerschaft	64	46	38	35
Staatlich/kommunal	14	2	12	0

**Tabelle 28: Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2013 nach Bundesländern**

	<b>Baden-Württemberg</b>	<b>Bayern</b>	<b>Berlin</b>	<b>Brandenburg</b>
Einkommensgrenzen	Nein (es gilt sonstige Einkommensgrenze)	2,0xRS (Härtefälle: 2,5xRS) + Familienzuschläge 90 % v. RS + Unterkunftskosten	§ 53 AO	nach § 53 Abs. 1 Nr. 2 AO, 4x bzw. 5xRS, Grundlage: Bruttobezüge
	<b>Bremen</b>	<b>Hamburg</b>	<b>Hessen</b>	<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>
Einkommensgrenzen	HV = 2xRS HA = 1xRS + Unterkunftskosten	AL: 3xRL HV/HA: 2xRL Kinder 1½ RL zzgl. Warmmiete	Regelsatz x 1,5 bzw. x 2 bei Alleinerziehenden	1,5-facher RS bei HV und HA; 2-facher RS bei AL
	<b>Niedersachsen</b>	<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>Saarland</b>
Einkommensgrenzen	HV = 4,5xRS HA = 2,5xRS	HV=3xRS HA=2x80 % RS HA (0-5 J.) =1,5x60 % RS HA (6-13 J.) =1,5x70 % RS HA (14-24 J.) =1,5x80 % RS AL=3,75 x RS +Kinderzuschlag	HV/HA = 1,5xRS; AL = 2,0xRS +Mehrbedarf für Schwangere + Kosten der Unterkunft	AL 2,5 RS HV + HA 1,5 RS + KdU
	<b>Sachsen</b>	<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>Thüringen</b>
Einkommensgrenzen	HV/HA = 1,5xRS AL = 2xRS; zzgl. angem. Unterkunftskosten, Mehrbedarf ab 12. SSW, Mehrbedarf HV/HA Erwerbstätigkeit	HV/HA = 1,5xRS AL = 2xRS + angem. KdU	HV = 2xRS AL = 3xRS zzgl. Unterbringungskosten	HV/HA = 1,5xRS AL/HA = 2,0xRS + Mehrbedarf für Schwangere + angemessene Kosten der Unterkunft

Tabelle 29: Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2013 nach Bundesländern

Durchschnittsbetrag in Euro	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2005	1.050	922	565	437
2006	1.050	848	555	475
2007	1.047	867	574	460
2008	1.080	1.001	584	472
2009	1.110	1.080	644	465
2010	1.124	1.029	626	495
2011	1.085	1.250	599	536
2012	1.154	1.218	562	559
2013	1.071	1.251	559	509

Durchschnittsbetrag	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2005	426	521	684	403
2006	398	569	667	360
2007	408	549	683	429
2008	421	559	694	417
2009	437	548	688	417
2010	454	619	684	435
2011	467	549	744	455
2012	459	525	758	478
2013	463	569	721	502

Durchschnittsbetrag	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2005	485	611	864	653
2006	490	608	890	667
2007	487	598	860	656
2008	524	587	854	668
2009	543	605	840	731
2010	523	597	832	715
2011	548	616	953	751
2012	579	608	987	754
2013	557	590	942	725

Durchschnittsbetrag	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2005	553	460	532	546
2006	535	457	515	566
2007	516	498	514	551
2008	587	467	524	618
2009	612	521	528	615
2010	616	514	517	630
2011	653	575	517	606
2012	738	550	517	678
2013	779	585	518	726

**Tabelle 30: Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2013 nach Bundesländern**

<b>Aufteilung der Beträge</b>	<b>Baden-Württemberg</b>	<b>Bayern</b>	<b>Berlin</b>	<b>Brandenburg</b>
Bis 300 Euro	2.615	616	988	106
Bis 600 Euro	48	3.205	2.458	4.336
Bis 1000 Euro	30	4.314	3.813	1.819
Bis 1.500 Euro	7.587	3.821	481	9
Über 1.500	194	369	27	22

<b>Aufteilung der Beträge</b>	<b>Bremen</b>	<b>Hamburg</b>	<b>Hessen</b>	<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>
Bis 300 Euro	879	3	122	1.580
Bis 600 Euro	720	2.457	3.384	1.469
Bis 1000 Euro	309	1.979	4.995	1.285
Bis 1.500 Euro	16	98	309	4
Über 1.500 Euro	4	7	63	24

<b>Aufteilung der Beträge</b>	<b>Niedersachsen</b>	<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>Saarland</b>
Bis 300 Euro	777	1.428	442	22
Bis 600 Euro	8.721	19.312	1.612	798
Bis 1000 Euro	4.569	10.200	1.013	224
Bis 1.500 Euro	491	1.181	1.133	331
Über 1.500 Euro	89	39	504	53

<b>Aufteilung der Beträge</b>	<b>Sachsen</b>	<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>Thüringen</b>
Bis 300 Euro	574	119	1.118	346
Bis 600 Euro	1.973	4.129	3.855	1.255
Bis 1000 Euro	3.231	1.116	1.062	1.855
Bis 1.500 Euro	1.352	76	38	712
Über 1.500 Euro	229	0	2	93

Tabelle 31: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern

Zentrale Vergabe	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

  

Zentrale Vergabe	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	nein	ja	nein	ja

  

Zentrale Vergabe	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	gemischt	ja	nein

  

Zentrale Vergabe	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	ja

Tabelle 32: Orientierungsrahmen

Orientierungsrahmen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

  

Orientierungsrahmen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	ja	ja	ja	ja

  

Orientierungsrahmen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	ja	ja	ja

  

Orientierungsrahmen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	ja	nein

Tabelle 33: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung

Zusätzliche Mittel	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja (in Euro)/nein	nein	1.216.583	195.875	nein

  

Zusätzliche Mittel	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	nein	nein	nein	nein

  

Zusätzliche Mittel	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	nein	nein	360.000	nein

  

Zusätzliche Mittel	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	nein	4.000	nein	19.403

## VI. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland.....	6
Tabelle 2: Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland.....	6
Tabelle 3: Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen in Deutschland.....	7
Tabelle 4: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen in Deutschland.....	8
Tabelle 5: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland.....	8
Tabelle 6: Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland .....	9
Tabelle 7: Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen	10
Tabelle 8: Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII .....	10
Tabelle 9: Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland .....	11
Tabelle 10: Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2013 .....	11
Tabelle 11: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel .....	12
Tabelle 12: Orientierungsrahmen.....	12
Tabelle 13: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt .....	12
Tabelle 14: Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern.....	15
Tabelle 15: Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern.....	16
Tabelle 16: Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern.....	17
Tabelle 17: Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern	18
Tabelle 18: Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) nach Bundesländern.....	19
Tabelle 19: Leistungen nach BAföG, Ausbildungsvergütung nach Bundesländern .....	20
Tabelle 20: Leistungen nach SGB II und XII nach Bundesländern .....	21
Tabelle 21: Leistungen nach AsylbLG nach Bundesländern.....	22
Tabelle 22: Sonstige Sozialleistungen nach Bundesländern .....	23
Tabelle 23: Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern .....	24
Tabelle 24: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen 2013 nach Bundesländern .....	25
Tabelle 25: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2013 nach Bundesländern.....	25
Tabelle 26: Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2013 nach Bundesländern .....	26
Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern .....	27
Tabelle 28: Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2013 nach Bundesländern ..	31
Tabelle 29: Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2013 nach Bundesländern .....	32
Tabelle 30: Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2013 nach Bundesländern .....	33
Tabelle 31: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern .....	34
Tabelle 32: Orientierungsrahmen.....	34
Tabelle 33: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung .....	34